Vorsitz: Finnland**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1513. Plenarsitzung)**

1. Datum: Mittwoch, 26. März 2025

Beginn: 16.05 Uhr

Schluss: 17.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter V. Häkkinen

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: REDE DES STELLVERTRETENDEN MINISTERS
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN VON
ARMENIEN, S. E. ROBERT ABISSOGHOMONJAN

Vorsitz, stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten von
Armenien (PC.DEL/299/25), Generalsekretär, Polen – Europäische Union (mit
Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Moldau,
Montenegro, Nordmazedonien, San Marino, Serbien und Ukraine)
(PC.DEL/303/25), Vereinigtes Königreich, Kasachstan (PC.DEL/288/25
OSCE+), Norwegen (PC.DEL/316/25/Rev.1), Russische Föderation
(PC.DEL/287/25), Usbekistan, Deutschland (PC.DEL/297/25 OSCE+),
Kirgisistan, Schweiz (PC.DEL/298/25 OSCE+), Kanada, Türkiye
(PC.DEL/289/25 OSCE+), Italien (PC.DEL/329/25 OSCE+), Liechtenstein
(PC.DEL/285/25 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/286/25),
Griechenland, Zypern, Frankreich, Turkmenistan, Rumänien, Aserbaidschan
(Anhang)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 27. März 2025, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

1513. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1513, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER REPUBLIK ASERBAIDSCHAN**

Herr Vorsitzender,

ich kann mir vorstellen, dass die Erklärung des stellvertretenden Außenministers von Armenien alle Anwesenden zunächst einmal verwirrt hat, um es vorsichtig auszudrücken. Einige Delegationen hatten wohl erwartet, Armenien würde diese Gelegenheit dazu nutzen, seine Friedensvorstellung dazulegen und sich konstruktiv einzubringen, doch hat die armenische Delegation nur ihre abgedroschenen Anschuldigungen gegen Aserbaidschan wiederholt.

Die Anwesenheit des stellvertretenden Außenministers von Armenien bei der heutigen Sitzung des Ständigen Rates wäre ein Anlass, die Umsetzung der in den OSZE-Dokumenten verankerten Verpflichtungen, angefangen mit der Schlussakte von Helsinki, zu überprüfen. In Anbetracht einiger Äußerungen zum bilateralen Normalisierungsprozess zwischen Aserbaidschan und Armenien möchten wir unsererseits darlegen, wie wir die aktuelle Situation und das weitere Vorgehen sehen.

Trotz der verheerenden Folgen und nicht verheilten Wunden, die der Krieg und die drei Jahrzehnte währende Besetzung aserbaidshanischer Gebiete hinterlassen haben, war es Aserbaidschan, das nach dem Ende des Konflikts und der Wiederherstellung der Souveränität Aserbaidschans über sein gesamtes Hoheitsgebiet einschließlich der Region Karabach im September 2023 den Prozess zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu Armenien ausgehend von fünf Grundprinzipien eingeleitet hat, zu denen die gegenseitige Anerkennung und Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des jeweils anderen innerhalb seiner völkerrechtlich anerkannten Grenzen gehören; es war auch Aserbaidschan, das die dringende Notwendigkeit betont hat, in drei spezifischen Kernbereichen auf der Tagesordnung der bilateralen Gespräche – dem ehestmöglichen Abschluss eines Friedensvertrags, der Festlegung des Verlaufs der Staatsgrenze und der Öffnung aller Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen in der Region – konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Es gibt in der Tat eine historische Chance auf Frieden und Sicherheit – beide lang ersehnt – in unserer Region, und Aserbaidschan hat in den letzten Jahren den starken politischen Willen unter Beweis gestellt, die Friedensagenda zu fördern.

Seit Beginn des Normalisierungsprozesses haben Aserbaidshon und Armenien durch direkte bilaterale Gespräche bedeutsame Fortschritte in der Frage der Festlegung des Verlaufs und der Markierung ihrer Grenzen erzielt. Als Ergebnis der Einigung zwischen den für die Festlegung des Grenzverlaufs zuständigen Kommissionen Aserbaidshons und Armeniens kehrten vier von acht aserbaidshonischen Dörfern, die noch unter armenischer Besetzung standen, wieder unter die Hoheitsgewalt Aserbaidshons zurück, und die Festlegung und Markierung von etwa dreizehn Kilometern der Staatsgrenze wurde abgeschlossen. Es war dies das erste Mal, dass besetzte Gebiete Aserbaidshons auf dem Wege bilateraler Verhandlungen zurückgegeben wurden und dass die beiden Länder die Festlegung und Markierung eines Teils ihrer Staatsgrenze abschließen konnten.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein bei der Festlegung des Grenzverlaufs waren die Unterzeichnung und das Inkrafttreten der Regelung der gemeinsamen Aktivitäten der jeweiligen Grenzkommissionen, die als Leitfaden für die nächsten Phasen der Grenzziehung dienen wird. Darüber hinaus fand am 16. Januar 2025 an der Grenze zwischen Aserbaidshon und Armenien das elfte Treffen der staatlichen Kommissionen zur Festlegung des Verlaufs der Staatsgrenze zwischen den beiden Ländern statt. Im Zuge dieses Treffens kamen die Parteien überein, die Grenzfestlegung im nördlichen Abschnitt ausgehend vom Dreiländereck zwischen Aserbaidshon, Armenien und Georgien südwärts bis an die Grenze zum Iran vorzunehmen.

Leider können wir keine vergleichbaren Fortschritte bei der Öffnung aller Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen in der Region vermelden. Seit 2020 ist Armenien unter verschiedenen Ausflüchten und Auflagen seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen, die Blockade der Verkehrsverbindungen in der Region wieder aufzuheben, die den ungehinderten, sicheren und gefahrlosen Verkehr von Reisenden, Fahrzeugen und Gütern in beide Richtungen zwischen dem aserbaidshonischen Mutterland und seiner Autonomen Republik Nachtschiwan ermöglichen. Alle Anschuldigungen, Aserbaidshon würde die Hoheitsgewalt Armeniens über sein Hoheitsgebiet in Frage stellen, wurden von Aserbaidshon durch eindeutige Klarstellungen widerlegt. Wir erwarten, dass Armenien endlich konkrete Schritte zur Öffnung der Verkehrsverbindungen unternimmt, was sowohl für Armenien selbst als auch für die gesamte Region von Nutzen sein wird.

Herr Vorsitzender,

die Fortschritte, die beide Länder erzielt haben, zeigen deutlich, dass direkte bilaterale Verhandlungen der beste und einzig gangbare Weg im Normalisierungsprozess sind, wofür sich Aserbaidshon beständig stark gemacht hat.

Nun zum Friedensvertrag, den der stellvertretende armenische Außenminister erwähnt hat, und zu dem wir unsere Sicht betreffend den aktuellen Stand dieser Bemühungen darlegen möchten.

In diesem Monat wurden die Verhandlungen über den Wortlaut des Entwurfs zu einem Abkommen über die Schaffung von Frieden und die Herstellung zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen Aserbaidshon und Armenien abgeschlossen. Diese bislang einmalige, von der internationalen Gemeinschaft vielfach gewürdigte, positive Entwicklung wäre auch schon vor etwa einem Jahr möglich gewesen, hätte es da nicht verschiedene Herausforderungen und künstliche Verzögerungen gegeben. Die Weigerung Armeniens, zwei bis dato offenen Artikeln zuzustimmen, hat die Verhandlungen in die Länge gezogen.

Jetzt, da die Verhandlungen über den Entwurf des Abkommens zum Abschluss gekommen sind, darf es keine weiteren Verzögerungen bei der Verwirklichung eines dauerhaften Friedens und der Normalisierung zwischen den beiden Ländern mehr geben. Lassen Sie mich Eines klarstellen: Die Unterzeichnung des Friedensvertrags war niemals als Endpunkt gedacht. Damit sollte die Konfrontation ein für alle Mal Vergangenheit sein, der Frieden sollte auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten gefestigt und damit unwiderruflich gemacht werden. Der Weg zu einer Normalisierung ist jedoch nach wie vor mit Herausforderungen gepflastert. Solange territoriale Ansprüche in der armenischen Verfassung und in anderen Rechtsakten verankert sind, kann kein Frieden von Bestand sein.

Die armenische Verfassung beruft sich auf die armenische Unabhängigkeitserklärung, die wiederum auf den so genannten gemeinsamen Beschluss über die „Wiedervereinigung der Armenischen SSR und der Bergregion Karabach“ verweist. Die Existenz eines solchen Rechtsakts, der beispielsweise für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Grundsatzurteil in der Beschwerdesache Chiragov und andere gegen Armenien (2015) ein klarer Beweis dafür war, dass Armenien die Eingliederung dieser Region in Armenien nachdrücklich unterstützte, stellt ebenso wie Verweise auf dieses Dokument ein schwerwiegendes Problem dar, das angegangen werden muss. Die Argumente, dass die Bestimmungen des Entwurfs zu einem Friedensvertrag dieses Problem lösen, sind nicht überzeugend und gehen nicht auf die Bedenken Aserbaidshans ein. Noch heute berufen sich bestimmte Kreise in Armenien auf eben diese Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung, um die territoriale Integrität Aserbaidshans in Frage zu stellen. Die Lösung dieses Problems ist daher nicht nur wichtig, um Rechtssicherheit zu schaffen, sondern auch, um zu zeigen, dass Armenien ganz eindeutig zu seiner erklärten Verpflichtung steht, die territoriale Integrität und die Souveränität von Aserbaidshan zu achten, und um sicherzustellen, dass keine revanchistischen Kräfte die Verfassungsbestimmungen ausnutzen können, um jetzt oder später territoriale Ansprüche gegen Aserbaidshan geltend zu machen. Der Frieden in der Region kann nicht von den innenpolitischen oder rechtlichen Konstellationen in Armenien abhängig gemacht werden. Dies ist die konsequente und grundsätzliche Position Aserbaidshans, die es seit Beginn des Prozesses vertritt; sie als so genannte „neue Vorausbedingung“ darzustellen, ist daher falsch und inakzeptabel.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur Normalisierung betrifft diese Organisation ganz direkt. Wie wir immer wieder betont haben, ist mit dem Ende des Konflikts der Zeitpunkt gekommen, die veralteten und bedeutungslosen, mit dem ehemaligen Minsk-Prozess zusammenhängenden, OSZE-Strukturen offiziell aufzulösen. Diese Strukturen haben es nicht vermocht, Ergebnisse bei der Konfliktlösung und der Wiederherstellung der verletzten Prinzipien der Schlussakte von Helsinki zustande zu bringen. Das Fortbestehen dieser Strukturen – und sei es auch nur formal – untergräbt nicht nur die Funktionsfähigkeit der Organisation, sondern stellt auch eine ernsthafte Herausforderung im Hinblick auf Fortschritte beim Friedensvertrag dar.

Aserbaidshan hat Armenien vorgeschlagen, gemeinsam die OSZE zu ersuchen, diese Strukturen aufzulösen. Dies wäre eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme und ein Signal, dass der Normalisierungsprozess unwiderruflich ist, was beide Länder dem Abschluss des Friedensvertrags näherbringen würde. Hier bei der OSZE erleben wir jedoch das Gegenteil. Der anhaltende Widerstand Armeniens gegen die Abschaffung dieser veralteten Strukturen weckt erhebliche Zweifel an der Aufrichtigkeit dieses Landes in Bezug auf sein erklärtes Bekenntnis zur gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität und zu einem unwiderruflichen De-Facto-Frieden in der Region. Die Erklärungen

der armenischen Delegation hier bei der OSZE, wann immer dieses Thema angesprochen wird, haben den Argwohn hinsichtlich der wahren Absichten Armeniens in Bezug auf diese Strukturen und den Normalisierungsprozess im Allgemeinen verstärkt.

Wir hatten erwartet, dass die heutige Anwesenheit des stellvertretenden Außenministers von Armenien im Ständigen Rat es endlich ermöglichen würde, praktische Schritte zur Auflösung dieser Strukturen zu setzen. Das würde dazu beitragen, die knappen Ressourcen der Organisation dort effizient einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden, dem Vertrauensdefizit entgegenwirken und einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zum endgültigen Abschluss des Friedensvertrags darstellen. Leider wurde diese Gelegenheit nicht genutzt.

Herr Vorsitzender,

Aserbaidschan ist weiterhin gewillt, sich konstruktiv einzubringen und dem Normalisierungsprozess durch einen bilateralen Dialog zu einem erfolgreichen Abschluss zu verhelfen. Wir erwarten, dass Armenien eine konstruktive, auf Treu und Glauben basierende Herangehensweise verfolgt, um auf die genannten berechtigten Besorgnisse Aserbaidschans einzugehen.

Wir fordern Armenien außerdem auf, die Verhandlungen über den Friedensvertrag nicht zum Anlass für eine neuerliche Diffamierungskampagne gegen Aserbaidschan zu nehmen. Die internationale Gemeinschaft kann in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen, indem sie Armenien ermutigt, verantwortungsvoll und zukunftsgerichtet zu handeln.

Außerdem sollte Armenien alle Schritte vermeiden, die die Friedensbemühungen gefährden oder die Spannungen in der Region verschärfen könnten. Insbesondere sollte Armenien seine Militarisierungsbestrebungen einstellen und die Stationierung destabilisierender Waffen in der Region vermeiden, von denen eine schwerwiegende Bedrohung des Friedens und der Stabilität in der Region ausgeht, vor allem angesichts der Tatsache, dass Armenien in der Vergangenheit die Normen und Grundsätze des Völkerrechts nicht eingehalten und keine Maßnahmen zur Behebung früherer Verstöße ergriffen hat. Armenien muss einsehen, dass die beste Garantie für Sicherheit und Stabilität in der Region der Frieden mit Aserbaidschan und anderen Nachbarn ist.

Was die angebliche militärische Eskalation an der Grenze betrifft, die vom stellvertretenden Außenminister von Armenien angesprochen wurde, so ist dazu sagen, dass armenische Streitkräfte in letzter Zeit in der Tat aserbaidsschanische Stellungen beschossen haben, mitunter täglich mehrmals. Aserbaidschan hat der armenischen Seite alle notwendigen Informationen und Beweise für diese Schießereien zur Verfügung gestellt und zugesagt, diese Vorfälle zu untersuchen.

Unterdessen kommt auch der gesamten internationalen Gemeinschaft einschließlich der OSZE-Teilnehmerstaaten eine besondere Verantwortung zu, den laufenden Prozess nicht zu beeinträchtigen, das heißt, von Provokationen und dem Anfachen von Spannungen Abstand zu nehmen und auch keine destabilisierenden Waffen an Armenien zu liefern.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.